

Europaskeptizismus und die Zukunft Europas. Ansichten aus den Hauptstädten

Michael Kaeding, Johannes Pollak und Paul Schmidt*

Based on a new anthology on the future of Europe in the light of Euroscepticism, this article examines how the increasing prominence of Eurosceptic and nationalist parties is affecting the thinking of mainstream parties, their representatives in the European Parliament and the future of European integration. The publication of the anthology is timed to coincide with the strategic vision of the European Council, the Council, the Commission and the Parliament as well as with the next phase of the negotiations on the future relations between the European Union (EU) and the United Kingdom and the Conference on the Future of Europe. It maps and analyses 39 national perspectives from all EU Member States as well as from neighbouring European countries and potential candidate countries.

Die europäische Integration wird von den EuropäerInnen heutzutage nicht mehr wie lange Zeit üblich allein aufgrund ihrer positiven Auswirkungen auf Wohlstand und Frieden befürwortet. Zwar wurde die Europäische Union (EU) schon von Beginn an von politischen Eliten, BürgerInnen, Medien und Zivilgesellschaft kritisiert, doch hat sich das Ausmaß gewandelt. In den letzten Jahren gewannen sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene verstärkt politische Parteien an Relevanz, die der europäischen Integration skeptisch bis ablehnend gegenüberstehen.

In Europa sind wir sowohl mit dem Aufstieg als auch mit dem Fall von europaskeptischen Parteien mit nationalistischen Tendenzen konfrontiert. Auf der einen Seite sind europaskeptische Parteien zu beobachten, die Regierungsaufgaben übernehmen, den Kurs zentraler Parteien beeinflussen, den öffentlichen Raum mit nationalistischer, ausländerfeindlicher und antieuropäischer Rhetorik füllen und dabei Wahlerfolge verzeichnen und ihre Anzahl an Sitzen in nationalen und im Europäischen Parlament stets erhöhen. Auf der anderen Seite stehen allerdings auch europaskeptische Parteien, die es nicht schaffen, eine Regierung zu stellen, die Regierungen vor dem Ende der Legislaturperiode verlassen oder Wahlen verlieren. Die Dynamik zwischen vehementer Ablehnung der Integration und nachhaltiger Beeinflussung des Europadiskurses durch nationalistische Rhetorik stellt die europäische Integration vor neue Herausforderungen. Daher gilt es, die Art und die Auswirkungen von Europaskeptizismus in europäischen Parteiensystemen zu untersuchen und einen Überblick über die neuen nationalistischen Bewegungen in Europa zu gewinnen. Politische Parteien prägen den öffentlichen Diskurs. Ihre Eigenschaft als zentrale, privilegierte Akteure der politischen Repräsentation macht sie nicht nur zum Sprachrohr, sondern vor

* Prof. Dr. Michael Kaeding, Professor für Europäische Integration und Europapolitik, Institut für Politikwissenschaft, Universität Duisburg-Essen, Duisburg; ehemaliger Vorsitzender der Trans European Policy Studies Association (TEPSA).

Prof. Dr. Johannes Pollak, Rektor und Professor für Politikwissenschaft, Webster Vienna Private University, Wien.

Paul Schmidt, Generalsekretär, Österreichische Gesellschaft für Europapolitik, Wien.

allem zum Initiator gesellschaftlicher Haltungen. Die besondere Verantwortung, die ihnen in dieser Rolle zukommt, spiegelt sich in ihrem Einfluss auf die politische Tagesordnung, sowohl innen- als auch europapolitisch. Damit bestimmen sie letztlich auch den Erfolg des europäischen Projekts und damit die Zukunft der europäischen Integration.

Kurze, prägnante Analysen und Empfehlungen aus 39 Ländern

Der englischsprachige Sammelband „Euroscepticism and the Future of Europe. Views from the Capitals“¹ nimmt sich der Analyse des Europaskeptizismus in seinen verschiedenen nationalen Ausprägungen an. In Kapiteln zu allen 27 EU-Mitgliedstaaten sowie dem Vereinigten Königreich, Island, Liechtenstein, Norwegen, der Schweiz, der Türkei, Albanien, Serbien, Nordmazedonien, Montenegro, Bosnien und Herzegowina und der Ukraine werden folgende Fragen in kurzen, prägnanten Kommentaren beantwortet: Welchen Einfluss üben europaskeptische Parteien aus und wie hat sich dieser Einfluss über die letzten Jahre entwickelt? Hat der Erfolg europaskeptischer Parteien im Land die Einstellung der Regierung in Bezug auf EU-Politik verändert? Wenn ja, in welchen Bereichen?

Dabei führt die Analyse durch verschiedene politische Landschaften und skizziert Empfehlungen, wie das jeweilige Land mit europaskeptischen Parteien in Hinblick auf die Zukunft der europäischen Integration umgehen soll. Die Mitwirkenden betrachten Europa aus einem nationalen Blickwinkel, gerade weil Europa heute mehr von den Hauptstädten aus gelenkt wird als von „Brüssel“. Das Verständnis der Vorgänge in den europäischen Ländern ist eine wichtige Voraussetzung, um die Dynamik der europäischen Integration besser zu verstehen.

39 Schattierungen des Europaskeptizismus in Europa

In den meisten Mitgliedstaaten sowie den europäischen Nachbar- und potenziellen Bewerberländern finden sich heutzutage sehr unterschiedliche Formen von Europaskeptizismus. Die folgenden Merkmale lassen sich in den Mitgliedsländern zusammenfassend festhalten.

Europaskeptizismus ist Teil der Integration

Europaskeptizismus ist so alt wie die europäische Integration. In den sechs Gründungsstaaten lagen vollkommen verschiedene Vorstellungen über die zukünftige Gestaltung Europas auf dem Tisch, getragen von ganz unterschiedlichen Motivationen. Allerdings gab es keine relevanten Parteien, deren Programm zentral auf einer Gegnerschaft zu Europa aufbaute. In Ländern wie Österreich, Belgien und Schweden lässt sich Europaskeptizismus bis in die 1980er Jahre zurückverfolgen. Mit dem Vertrag von Maastricht im Jahr 1992 beginnt der Europaskeptizismus, eine andere Qualität aufzuweisen. In den allermeisten Mitgliedsländern etablieren sich antieuropäische Parteien, deren Programme die Rückführung europäischer Kompetenzen in den nationalen Handlungsraum fordern. So wurden die französischen Präsidentschaftswahlen 2017 zum ersten Mal von einer Spaltung in einen pro- und einen antieuropäischen Kurs bestimmt, die von Emmanuel Macron als eine Konfrontation

1 Michael Kaeding/Johannes Pollak/Paul Schmidt (Hrsg.): Euroscepticism and the Future of Europe. Views from the Capitals, London 2020.

zwischen Progressiven und Nationalisten, offener und geschlossener Gesellschaft sowie liberaler und illiberaler Demokratie dargestellt wurde.

Vielfach ist der Europaskeptizismus mit erfolgreichen populistischen ParteiführerInnen eng verknüpft. In den neuen Mitgliedstaaten greift nach einer anfänglichen Europabegeisterung zunehmende Skepsis um sich. So lässt sich z.B. in der Tschechischen Republik ein zunehmender europaskeptischer Kurs in politischen Debatten, in den Medien und in der breiten Öffentlichkeit nachverfolgen. Zwar gibt es nicht viele tschechische Parteien, die sich selbst als europaskeptisch bezeichnen bzw. die einen Austritt ihres Landes aus der EU fordern. Dagegen treten jene, die früher zwischenstaatliche Kooperation anstelle von Föderalisierung bevorzugten, mittlerweile mit mehr oder weniger nationalistischer Rhetorik auf. In Kroatien wiederum ist die momentane instabile politische Situation eng mit dem Auftreten neuer europaskeptischer Parteien verbunden und unmittelbar auf die Finanzkrise ab 2008 und die Migrationskrise Mitte der 2010er Jahre zurückzuführen. In Estland ist man zuletzt müde geworden, der europäische Musterschüler zu sein. Die EstInnen fürchten sozioökonomische Veränderungen, insbesondere Zuwanderung und Migration. Infolgedessen wurde eine zuvor kleine populistische, antieuropäische Partei – die Eesti Konservatiivne Rahvaerakond (EKRE) – immer populärer. Die EKRE bietet vielen eine Plattform, um ihre Frustration in nationalen und europäischen Wahlen auszudrücken. Es gibt aber auch ganz andere Entwicklungen: Umfragen in Dänemark suggerieren einen Rückgang von Europaskeptizismus, u.a. nachdem die Konsequenzen des Brexits immer klarer werden. Proeuropäische Politik nimmt auch beispielsweise in den Niederlanden und in Zypern eine immer zentralere Rolle ein.

Europaskeptizismus: variatio delectat

Mit Ausnahme von Österreich, Zypern, Dänemark, Estland, Ungarn, Polen und der Slowakei haben die meisten europäischen Länder rechten und linken Europaskeptizismus gleichzeitig erlebt, wobei die linke Seite ihren Diskurs hauptsächlich auf die Kritik des „ultraliberalen Europa“ fokussiert. In Frankreich beispielsweise erhielten europaskeptische Parteien bei der Europawahl 2019 36 Prozent der Stimmen. Jean-Luc Mélenchons linke Partei La France insoumise (LFI) und Marine Le Pens rechte Partei Rassemblement National (ehemals Front National) erhielten gemeinsam 83 Prozent der Stimmen. In Kroatien erhöhten die europaskeptischen Parteien ihr Ergebnis bei der Europawahl 2019 um atemberaubende 18 Prozent im Vergleich zur nationalen Wahl 2016. Gemeinsam erzielten die europaskeptischen Linksparteien (13,4 Prozent) und die europaskeptischen Rechtsparteien (21,9 Prozent) 35,3 Prozent der Stimmen.

Neben der Positionierung auf der Links-/Rechts-Skala kann auch festgestellt werden, dass sich in einigen Ländern fast keine Anzeichen für Europaskeptizismus finden. Neben Irland und Litauen sitzen auch in Lettland keine europaskeptischen Parteien im nationalen Parlament oder in Regionalverwaltungen. Keine der 13 politischen Parteien, die bei der Europawahl 2019 antraten, unterstützt einen Austritt aus der EU. Gleichzeitig wurden in den letzten Jahren zunehmend intergouvernementalistische Positionen vertreten, die im Gegensatz zu Lettlands traditionell starken EU-föderalistischen Positionen stehen.

Auch die maltesische Parteienlandschaft ist überwiegend EU-freundlich eingestellt und das Land verzeichnet EU-weit eine der größten Zustimmungsraten zur EU. Obwohl Euro-

paskeptizismus keine große Rolle spielt, gewannen nationalistische Themen im Rahmen der Europawahl 2019 an Bedeutung. Das Land war mit einer negativ ausgerichteten EU-Wahlkampagne konfrontiert, die sich in erster Linie auf patriotische/nationale Themen konzentrierte.

Europaskeptizismus nimmt auch innerhalb der legislativen Versammlungen verschiedene Formen an. Als plakatives Beispiel mögen die Niederlande dienen. Fünf von 13 Parteien in der Tweede Kamer haben eine gänzlich unterschiedlich ausgeprägte europaskeptische Agenda: Die Forum voor Democratie (FvD) und die Partij voor de Vrijheid (PVV) vertreten die europaskeptischsten Positionen. Die PVV spricht sich für einen „Nexit“ aus und die FvD für ein Referendum über die EU-Mitgliedschaft. Die Partij voor de Dieren (PvdD), die Staatkundig Gereformeerde Partij (SGP) und die Socialistische Partij (SP) schlagen weniger ambitionierte Formen der EU-Kooperation vor: Die SP befürwortet einen Austritt aus der Eurozone, die PvdD argumentiert für eine gemeinsame Währung der nordeuropäischen EU-Länder und die SGP fordert die Einführung eines rechtlichen Mechanismus, welcher es möglich machen soll, die Eurozone zu verlassen, aber dennoch Mitglied der EU zu bleiben.

Europaskeptizismus zwischen Parteien- und Bevölkerungsmeinung

Die proeuropäische Einstellung eines Großteils der griechischen Parlamentsparteien ist nicht repräsentativ für die öffentliche Meinung in Griechenland, wo vor allem Pessimismus und sinkendes Vertrauen in die EU vorherrschen. EU-weit ist die Zufriedenheit mit der EU in Griechenland am geringsten. Darüber hinaus wurden in Griechenland der viertniedrigste Umfragewert im Hinblick auf die Frage gemessen, ob das Land von der EU-Mitgliedschaft profitiert, sowie der zweitniedrigste Wert in Bezug auf die Einschätzung, ob die Stimme der GriechInnen in der EU zählt. Griechenland hat auch den zweithöchsten Anteil an jenen, die ihren Frust über nationale Politik als Hauptgrund dafür nannten, an der letzten Wahl zum Europäischen Parlament teilgenommen zu haben. Polen ist ein Beispiel für ein Land, das zwar von einer rechten, europaskeptischen Partei – der Prawo i Sprawiedliwość (PiS) – geführt wird, in dem die Mehrheit der Bevölkerung jedoch proeuropäisch eingestellt ist. Umfragen zufolge sehen 91 Prozent der PolInnen die EU-Mitgliedschaft als etwas Positives, nur 5 Prozent sprechen sich für einen Austritt aus der Union aus.

In manchen EU-Ländern (Lettland und der Tschechischen Republik) werden die kritischen EU-Stimmen nicht von Parteien, sondern von politischen Bewegungen geäußert. Europaskeptizismus reicht von einigen xenophoben Parteien, z.B. der polnischen KONFEDERACJA oder der spanischen VOX, zu Parteien, die eine Exit-Strategie fordern, z.B. der slowakischen Ľudová strana Naše Slovensko (ĽSNS) oder der niederländischen PVV.

Europaskeptizismus in Nicht-EU-Ländern

Um in der Schweiz oder in Liechtenstein über europaskeptische Parteien sprechen zu können, braucht es eine Neuausrichtung der Konzeptdefinition. Im Vergleich zu den EU-Mitgliedstaaten weisen dort sämtliche politische Parteien eine harte Version des Europaskeptizismus auf, wobei sich derzeit keine einzige Partei für eine EU-Mitgliedschaft ausspricht. Daher sind alle Parteien in diesen beiden Ländern europaskeptisch – manche allerdings mehr als andere. Die Schweizerische Volkspartei (SVP) und die Demokraten pro

Liechtenstein (DpL) sind Prototypen der rechten, nationalistischen und populistischen Parteien, die in vielen EU-Ländern Erfolg hatten. In Island unterstützt die große Mehrheit der Bevölkerung eine Mitgliedschaft im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) und im Schengen-Raum. Darüber hinaus gibt es einen parteiübergreifenden Konsens über die Mitgliedschaft in der Europäischen Freihandelsassoziation (European Free Trade Association, EFTA). Doch beim Thema der europäischen Integration ist das Parteiensystem zunehmend polarisiert. Neue, europaskeptische und proeuropäische Parteien sind entstanden, die nur eine limitierte Beteiligung Islands bei den genannten Projekten propagieren. In den Ländern des Westbalkans wird die europäische Integration als ein Prozess eingeschätzt, der der ganzen Gesellschaft zugutekommt und der für Freiheit und Gleichberechtigung für alle steht sowie für die Chance, Teil einer großen Familie zu werden, die gemeinsame progressive Werte vertritt. Die europäische Perspektive war in allen sechs Ländern in den letzten beiden Jahrzehnten ein starker Antrieb für Veränderung. In manchen der sechs Länder wurde sie zum Hauptantriebsfaktor für wirtschaftliche und politische Reformen. In anderen Ländern sind antieuropäische Einstellungen eng mit Populismus verbunden, aber im Westbalkan ist die EU seit langem bei der Bevölkerung beliebt. Das Einschlagen des Erweiterungsprozesses könnte diesbezüglich jedoch schwerwiegende Folgen haben und manche der Errungenschaften dieses Prozesses wieder umkehren.

Europaskeptizismus verändert sich ständig

In Ungarn kam es in letzter Zeit zu erheblichen Verschiebungen bei Parteien auf der rechten Seite des politischen Spektrums. So bewegte sich die ursprünglich EU-skeptische Partei Jobbik zusehends in Richtung der politischen Mitte und erkannte sogar den Wert der EU-Mitgliedschaft Ungarns an – wenngleich sie die Einmischung „Brüssels“ in nationale Angelegenheiten nach wie vor in bestimmten Politikbereichen anprangert. Gleichzeitig hat die Regierungspartei Fidesz einen Schwenk nach rechts vollzogen. Europaskeptizismus wird mit einer Anti-EU-Haltung und einer offen nationalistischen Rhetorik kombiniert. Auch die deutsche Alternative für Deutschland (AfD) hat sich weiterentwickelt. Während sie zu Beginn noch in erster Linie einen Anti-Euro-Kurs fuhr und mit Deutschlands langjährigem Konsens in Hinblick auf die europäische Integration brach, vertritt sie mittlerweile eine harte Form von Europaskeptizismus als führende Oppositionspartei im Deutschen Bundestag. Bei der Wahl zum griechischen Parlament am 7. Juli 2019 erhielt eine neue ultrarechte, nationalpopulistische Partei (Elliniki Lysi, „Griechische Lösung“) 3,7 Prozent der Stimmen und zog mit zehn Abgeordneten ins griechische Parlament ein. Sie ist im Zuge des Namensstreits zwischen Griechenland und Nordmazedonien entstanden und hat die vorherrschenden nationalistischen Gefühle in der griechischen Region Mazedonien aufgegriffen. Sie ist mittlerweile stärker als die Rechtsaußenpartei Chrysi Avgi („Goldene Morgenröte“), die den Einzug ins Parlament nicht schaffte, sowie die nationalistisch-populistische Anexartiti Ellines (ANEL), ehemaliger Koalitionspartner von SYRIZA. ANEL scheiterte ebenfalls an der 3-Prozent-Hürde für den Einzug ins griechische Parlament.

Der Einfluss europaskeptischer Parteien

Der Einflussbereich europaskeptischer Parteien variiert stark und reicht von berühmterberichtigten einfachen Abgeordneten über OppositionsführerInnen bis hin zu kleinen und großen Koalitionspartnern.

Parteien in Regierungsverantwortung

Europaweit wird darüber diskutiert, ob europaskeptische Parteien akzeptiert oder ausgegrenzt werden sollen. In Schweden zum Beispiel wird überlegt, ob man die Schwedendemokraten bei manchen Themen inkludieren kann, ohne dabei Gefahr zu laufen, von ihrem Mangel an Respekt für demokratische Werte beeinflusst zu werden. Die Linke Partei, die Sozialdemokraten, die Grüne Partei, die Zentrumsparterei und die Liberalen sind lautstark dagegen; doch die Christdemokraten und die Moderaten stehen einer Inklusion immer positiver gegenüber. Bis jetzt gab es in Schweden jedoch – im Unterschied zu Norwegen und Finnland – noch keine Kooperation auf nationaler Ebene. In Bulgarien ist es zu dieser Art der Zusammenarbeit gekommen. Dies hat zur Entstehung weiterer europaskeptischer Parteien geführt. Für ihre Minderheitsregierung 2009 und 2014 koalierte die konservative Graschdani sa Ewropejsko Raswitie na Balgaria (GERB) mit der rechtsextremen Ataka-Partei. Diese Zusammenarbeit führte zur schleichenden Legitimierung von Nationalismus und Europaskeptizismus in der nationalen Politik. Es entstanden immer mehr neue europaskeptische Parteien, wie die Patriotische Front, die 2014 die Hürde ins Parlament nehmen konnte, und die populistische Partei Wolja, die den Einzug 2017 schaffte.

In Österreich ist die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) schon mehr als 60 Jahre in der politischen Landschaft aktiv und war seit 2000 bereits dreimal als kleiner Koalitionspartner Teil der Regierung. Heutzutage ist sie im Land die einzige politische Stimme mit einer explizit europaskeptischen Agenda. Bei den letzten Wahlen hat sie jedoch zunehmend an Unterstützung verloren. Als kleiner Koalitionspartner hielt sich die FPÖ mit radikaler Anti-Euro- und Anti-EU-Rhetorik in der Öffentlichkeit zurück, insbesondere während der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft. Doch sie stellte beispielsweise öffentlich die rechtliche Grundlage des Vertragsverletzungsverfahrens gegen Ungarn infrage und unterstützte eine Ablehnung des Migrationspaktes der Vereinten Nationen.

Parteien in der Opposition

Auch in der Opposition kann der Einfluss europaskeptischer Parteien groß sein. In Dänemark verlor die Dansk Folkeparti (DF) zwar zuletzt sowohl in der nationalen als auch in der Europawahl an Zustimmung, doch hat sie die zwei größten dänischen Parteien, die Liberalen und die Sozialdemokraten, in den letzten Jahrzehnten stark beeinflusst. Die Liberalen verloren die Wahl gegen die Sozialdemokraten, indem sie in ihrer Migrationspolitik stärker nach rechts rückten und weniger stark proeuropäisch auftraten. Die Übernahme rechter politischer Positionen ist nirgends in Europa so weit vorangeschritten wie in Dänemark. Diese Ansichten sind dort im öffentlichen Diskurs inzwischen so anerkannt, dass die Frage nach der politischen Legitimation der Rechten nur belächelt wird.

Auch der Widerwille, den der ehemalige französische sozialistische Premierminister Manuel Valls (2014-2017) gegen die Aufnahme von Flüchtlingen zeigte, kann als eine Re-

aktion auf die wachsende Zustimmung zu Le Pen und dem radikalen Front National aufgefasst werden.

Trotz starker Spannungen zwischen den spanischen Parteien besteht ein nationaler Konsens in Bezug auf den Wert der europäischen Integration und die Vorteile einer EU-Mitgliedschaft. Doch mit dem Erfolg neuer Parteien wird auch diese Einigkeit zunehmend brüchiger. Spanien ist nicht länger eine Festung proeuropäischer Parteien und nicht länger immun gegen den wachsenden Europaskeptizismus. So erhielt die rechtsnationale Partei VOX bei den letzten Wahlen 15 Prozent der Stimmen und wurde somit zur drittgrößten Partei im spanischen Parlament.

Die Forderung der luxemburgischen europaskeptischen Alternativ Demokratisch Reformpartei (ADR), die luxemburgische Sprache müsse offizielle EU-Sprache werden, hat Wirkung hinterlassen. Angesichts der Anerkennung anderer Sprachen als offizielle EU-Sprachen, wie des Irischen und des Maltesischen, hat die luxemburgische Regierung einen Aktionsplan veröffentlicht, der die Sprache als Motor der Kommunikation verkaufen soll, um sie zur offiziellen Sprache der EU zu ernennen.

In der Schweiz ist der Einfluss der SVP auf die schweizerische EU-Politik nicht proportional zu ihren Wahlerfolgen. Sie hat nicht nur das Thema einer EU-Mitgliedschaft von der politischen Agenda gestrichen. Auch ihr Vermögen, Wahlerfolge basierend auf schweizerischen Werten wie Neutralität, Souveränität und direkte Demokratie einzufahren, die in Kontrast zum demokratischen Defizit, ausländischen RichterInnen und dem Machtstreben der EU ausgemalt werden, erschwert die institutionelle Vertiefung des Bilateralismus. Die von der SVP regelmäßig initiierten Volksabstimmungen gegen die vermeintlichen Kosten der Integration – z.B. durch Einwanderung oder finanzielle Zahlungen an die EU-Kohäsionspolitik – polarisieren die schweizerische Politik und halten die Beziehung zur EU im Würgegriff.

Somit ist parteibasierter Europaskeptizismus in Europa mittlerweile Teil der politischen Landschaft. Die Reaktionen von Regierungen und Zivilgesellschaft darauf sind sehr unterschiedlich. Europaskeptische Parteien sind nicht auf dem Rückzug, sie sind „hier, um zu bleiben“.² Europaskeptische Parteien sind zwar nicht immer stark genug, um Regierungen zu bilden oder lange in der Regierung zu bleiben, doch ihre Ansichten und politischen Positionen werden immer mehr zum Mainstream.

Wie sollten wir mit europaskeptischen Parteien angesichts der Zukunft der europäischen Integration umgehen?

Es herrscht großer Bedarf herauszufinden, was die Hauptantriebsgründe für die Entstehung von Europaskeptizismus sind: Arbeitslosigkeit, sozioökonomische Verletzbarkeit, Klimawandel oder eine weitverbreitete Unsicherheit, die sich nicht nur in Anti-EU-Gefühlen äußert, sondern auch zu migrations- und ausländerfeindlichen Einstellungen beiträgt. Ohne eine glaubwürdige Neuausrichtung europäischer Politik, die ein Aufgreifen dieser Probleme beinhalten muss, werden diese negativen Einstellungen bestehen bleiben. Sie stellen eine immer größere Gefahr für das europäische Integrationsprojekt und seine libe-

2 Oliver Treib: Euroscepticism is here to stay: what cleavage theory can teach us about the 2019 European Parliament elections, in: *Journal of European Public Policy* 2020, 9. März 2020.

ralen Werte dar. Alle Regierungen Europas haben eine Verpflichtung, diesbezüglich Ziele zu formulieren, die über den Wahlkreislauf hinausgehen. Europa hat allen Vorteile gebracht – was es jetzt braucht, ist eine klare Definition einer mitreißenden Vision für die Zukunft. Es ist nicht wichtig, ob diese Vision föderalistisch oder zwischenstaatlich ist. Viel wichtiger ist es, dass diese Vision den Wert der Zusammenarbeit hervorhebt sowie den Vorteil, den der jahrzehntelange Vertrauensaufbau zwischen Nachbarstaaten geschaffen hat. Es braucht eine ehrliche öffentliche Debatte über die Vor- und Nachteile weiterer europäischer Integration, da diese in den letzten Jahren weniger präsent war. Dies würde Aufmerksamkeit für den Grad an Integration, der bereits erreicht wurde, und für die Vorteile, die dadurch entstanden sind, schaffen. Es gibt auch großen Bedarf, die Anforderungen und Visionen der jüngeren Generation viel besser zu integrieren. Damit diese Ideen funktionieren können, braucht es auch ein besseres Verständnis der europäischen Vergangenheit.

Die bilateralen Beziehungen zu Nicht-EU-Staaten sollten gestärkt und den Ländern eine klare europäische Perspektive aufgezeigt werden. Vor allem im Westbalkan kann die EU weitere Vorteile von der Neuaufstellung der Beziehungen erwarten, indem sie die Option eines EU-Beitritts offenhält und eine Reformagenda auf die Beine stellt, die diese Länder attraktiver für europäische InvestorInnen macht. Wenn sich die EU zurückzieht, werden diese Reformen und die demokratische Zukunft der Länder gefährdet. Es könnte ein Vakuum entstehen, das von Reform- und EU-GegnerInnen ausgenutzt wird. In der Türkei sollte die EU trotz der politischen Situation den Kontakt zu Teilen der türkischen Zivilgesellschaft suchen, die sich für demokratische Reformen einsetzen.